



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die Mitglieder
der SPD-Bundestagsfraktion

im Hause

Rechtsterrorismus in Deutschland

Berlin, 13. Dezember 2011

***"Das da hätt einmal fast die Welt regiert,
Die Völker wurden seiner Herr.
Jedoch ich wollte,
daß ihr nicht schon triumphiert:
Der Schoß ist fruchtbar noch
aus dem das kroch."
Bertolt Brecht: Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui, 1941***

Liebe Genossinnen und Genossen,

die schreckliche Mordserie der Zwickauer Nazi-Bande ist ein Fanal. Sie stellt einen tiefen und gravierenden Einschnitt in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dar, die im Konsens der Demokraten gegen die Nazi-Barbarei gegründet wurde.

Dass Rechtsextremismus in Rechtsterrorismus umgeschlagen ist, war nicht erkannt worden. Mahnende Stimmen wurden nicht gehört. Umfassende Ansätze im Kampf gegen Rechts mussten sich in der Vergangenheit immer stärker rechtfertigen, Initiativen waren und sind in ihrer Existenz bedroht. Spätestens jetzt ist Deutschland gefordert, mit aller Kraft den braunen Sumpf, dessen Ausläufer bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, endgültig trocken zu legen. Dies ist für Sozialdemokraten in ganz besonderer Weise eine Verpflichtung - ihrer eigenen Vergangenheit wie ihrer Grundwerte wegen. Schon in der Vergangenheit haben wir uns kontinuierlich gegen Nazis gestellt. Deshalb werden wir auch in Zukunft nicht ruhen, auch wenn andere aus tagespolitischen Gründen in ihren Bemühungen bald wieder nachlassen sollten. Wir schulden diese Entschlossenheit den Opfern und ihren Angehörigen, unserem Rechtsstaat wie dem Ansehen Deutschlands in der Welt.

Die lückenlose und schonungslose Aufklärung der Ereignisse ist die erste Forderung des Tages. Dieser Prozess hat nun begonnen. Er darf nicht verbaut werden durch einen Streit um den richtigen Weg. Alle Bemühungen um Aufklärung unterstützen wir. Dabei sind schnelle und klare Ergebnisse wichtig. Eine paritätisch besetzte Bund-Länder-Kommission ist ein geeignetes Instrument, um die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland auf ihre Effektivität hin zu überprüfen. Aus den Ergebnissen wollen wir die nötigen Konsequenzen ziehen.

Soweit aus den erkannten Defiziten der polizeilichen und nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit organisatorische oder gesetzgeberische Konsequenzen zu ziehen sind, reichen wir die Hand



dafür. Deren Erforderlichkeit und Geeignetheit müssen aber immer begründet und rechtsstaatlich verantwortbar sein. Aktionismus dient niemandem, ebenso wenig ist vermeintlich prinzipienfeste Verweigerung als Selbstzweck für uns hinnehmbar.

"Null Toleranz" gegen Nazis und ihre Helfershelfer ist das Gebot der Stunde. Mit Polizeipräsenz, hoher Kontrollichte und der Ausschöpfung aller repressiven Mittel müssen die Rechten spüren, dass sie die wehrhafte Demokratie keinen Tag länger erträgt.

Ein erneuter Vorstoß zum Verbot der verfassungsfeindlichen NPD ist überfällig. Anstatt ständig neue Hürden aufzubauen oder zu formulieren, sollten die Verantwortlichen alle gangbaren und erfolgversprechenden Wege zum Ziel einschlagen und die Voraussetzungen für ein NPD-Verbot schaffen. Wenn die NPD als legaler Arm einer verachtenswerten Gesamtbewegung endlich stillgelegt ist, sind noch lange nicht die Ursachen für Rechtsextremismus beseitigt - wohl aber ist ihr steuerfinanziertes Agieren mit den Privilegien des Parteienrechts gegen die parlamentarische Demokratie damit endlich beendet. Die wehrhafte Demokratie hätte damit die Wirkungsmöglichkeiten ihrer Todfeinde endlich entscheidend begrenzt. Glasklar ist für uns aber auch, dass der Rechtsstaat beim „Feindstrafrecht“ nur mit rechtsstaatlichen Mitteln operieren darf.

Zur Bekämpfung der Ursachen wollen wir jetzt und in Zukunft das Entstehen rechter Gesinnungen verhindern. Insofern ist sozialdemokratische Innenpolitik immer Gesellschafts- und Bildungspolitik. Ohne soziale Sicherheit wird es keine dauerhafte innere Sicherheit geben.

Folgende konkreten Aktivitäten werden wir einleiten oder verstärken:

- Nicht Betreuungsgeld und Steuersenkungen, die zu zusätzlichen Belastung für unsere Kommunen führen, sondern eine auskömmliche Finanzierung zur Stärkung der Kommunen sind gefordert. Wer Jugendhäuser und Stadtteilzentren schließen muss, öffnet die Türen für die Rechten. Deshalb müssen, wie in unserem Antrag „Rettungsschirme für Kommunen“ bereits festgehalten, Programme wie z.B. „Soziale Stadt“ im bisherigen Umfang erhalten bleiben und ihre wahre Bedeutung wieder erlangen.
- Die Zuständigen und die Anständigen müssen ein breites Bündnis bilden. Der Staat und seine Organe, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände - schlicht: alle Meinungsträger der Zivilgesellschaft müssen die Bekämpfung des Rechtsextremismus ganz zu ihrer Sache machen. In Schulen und Universitäten tut Aufklärung not.
- Die unzulässige Vermischung von Links-, Rechts- und islamistischem Extremismus muss beendet werden. Gerade die Rechten müssen mit eigenen Ansätzen beobachtet und verfolgt werden.
- Die Extremismusklausel muss sofort fallen. Wer gegen Nazis kämpft, darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden.
- Die Bundeszentrale für politische Bildung muss mit ausreichend Mitteln ausgestattet sein und die Haushaltsmittel des Bundes beim Kampf gegen Rechts sind zu verstetigen und zu erhöhen. Das Programm "Zusammenhalt durch Teilhabe" ist über 2013 hinaus fortzuschreiben.
- Wir treten ein für eine Demokratieinitiative zu der eine Demokratiestiftung gehört. Aussteigerprogramme sind zu professionalisieren.
- In der polizeilichen Kriminalstatistik wollen wir die Zählweise verbessern, damit rechtsextreme Taten dort auch wirklich erfasst werden. Polizei und Justiz müssen in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Zivilgesellschaft sensibilisiert und geschult werden.



- So genannte "Hatecrimes" müssen strafverschärfend wirken.
- Der Handel mit rechter Propaganda im Netz und in Einkaufsstraßen muss eingedämmt werden. Verantwortliche müssen über die Möglichkeiten des Einschreitens zudem besser unterrichtet werden.
- Eine Verbunddatei Rechts als Indexdatei ist für uns grundsätzlich möglich, ebenso befürworten wir die Einrichtung eines Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) gegen Nazis und verstärkte Internetstreifen. Speichermöglichkeiten sollen verbessert werden, indem die Erfassung von Merkmalen rechtsextremen Agierens erweitert wird. Längere Speicherfristen für sich genommen stellen noch kein Allheilmittel dar. Zum Schutz unserer Bürgerrechte muss jedes neue Gesetz in diesem Bereich allerdings befristet sein und unabhängig evaluiert werden.

In den nächsten Wochen und Monaten wird die SPD-Bundestagsfraktion in ihrer Gesamtheit:

- verstärkt Veranstaltungen durchführen, z.B. durch die Reihe „Fraktion vor Ort“,
- sich intensiv mit den A-Länder-Innenministern abstimmen,
- ihre existierende Publikation zum Thema neu auflegen,
- in einer Veranstaltung "Fraktion kontrovers" das Thema diskutieren,
- sich zum NPD-Verbot mit Experten sachkundig machen und äußern,
- zwischen allen beteiligten AGs engstens kooperieren,
- gute Beispiele aus den Ländern sammeln und aufzeigen,
- Vorschläge zur besseren Zusammenarbeit der Behörden unterbreiten.

All das und weitere Bemühungen werden unsere Pflicht bleiben, über den Tag hinaus.

Michael Hartmann, MdB